

Bitte füllen Sie den Antrag am PC aus und reichen Sie ihn in ausgedruckter Form ein: 2-fach an die jeweilige Landesbehörde, 1-fach an die Freie und Hansestadt Hamburg (Adresse s.u.), zusätzlich bitte jeweils auch in digitaler Form. Für Erläuterungen zum Formular greifen Sie bitte auf die „Hinweise für Antragsteller“ zurück.

<input type="checkbox"/>	Amt für regionale Landesentwicklung Postfach 2060 21310 Lüneburg Email: <a href="mailto:karin.schulz@arl-lg.niedersachsen.de">karin.schulz@arl-lg.niedersachsen.de</a>	Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation - SB 11 - Alter Steinweg 4 20459 Hamburg Email: <a href="mailto:bernd.sengstock@bwi.hamburg.de">bernd.sengstock@bwi.hamburg.de</a>
<input type="checkbox"/>	Staatskanzlei Kiel StK 318 Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel Email: <a href="mailto:holger.wege@stk.landsh.de">holger.wege@stk.landsh.de</a>	
<input type="checkbox"/>	Staatskanzlei Schwerin Abteilung 2, Referat 240 Schloßstraße 2-4 19053 Schwerin Email: <a href="mailto:hans-ulrich.doose@stk.mv-regierung.de">hans-ulrich.doose@stk.mv-regierung.de</a>	

Über den Landkreis/Kreis:

(Bitte auch Stellungnahme des Landkreises/Kreises als Anlage beifügen)

**Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung nach der Ländervereinbarung zu gemeinsamen Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus den Förderfonds der Metropolregion Hamburg vom 22.02.2013**

<b>1 Kommunalen Antragsteller</b>	
Name der Kommune	Ort, Datum
	,
Anschrift	Auskunft erteilt (Name, Telefon/Durchwahl)
	,
Bankverbindung	
Bankinstitut:	
IBAN:	
BIC:	

Ich / wir beantrage(n) die Gewährung einer Zuwendung aus den Mitteln der Förderfonds der Metropolregion Hamburg zur Verbesserung der Struktur und der Entwicklung der Metropolregion Hamburg in Höhe von

**Euro**

für die geplante Maßnahme:

<b>1 Maßnahmentyp</b> <i>Mehrfachnennungen sind möglich, wenn eine Maßnahme verschiedene Projektteile umfasst.</i>
<input type="checkbox"/> a) investive Maßnahme <input type="checkbox"/> b) Studie / Konzept <input type="checkbox"/> c) Öffentlichkeitsarbeit zur Präsentation der gesamten Metropolregion Hamburg <input type="checkbox"/> d) Regionalmanagement eines Leitprojektes der Metropolregion Hamburg
<b>2 Bezeichnung der Maßnahme</b>
<b>3 Kurzbeschreibung der Maßnahme (max. 1 Seite)</b> <i>Projekthinhalte, Ziele, erwarteter Beitrag zur Entwicklung des Antragstellers, Nutzen für Dritte Eine detaillierte Projektbeschreibung ist als Anlage beizufügen.</i>
<b>4 Bedeutung für die Metropolregion Hamburg</b> <i>Mehrwerte für die MRH; Bezüge zu programmatischen Dokumenten / Konzepten der MRH, z.B. Strategischer Handlungsrahmen, Studie Tagesreiseverhalten, P+R-Konzept etc.; Mehrwerte für die Länder; Bezüge zu Programmen / Konzepten</i>
<b>5 Projektstatus</b> Die Maßnahme ist ein Leitprojekt / Teil eines Leitprojekts der Metropolregion Hamburg: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, nennen Sie bitte den Titel des Leitprojekts: Stand des Leitprojekts: <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> entschieden
<b>6 Kriterien zur Bewertung der Förderwürdigkeit</b> <i>Mehrfachnennungen sind möglich; jede Benennung ist einzeln zu begründen.</i>
<input type="checkbox"/> a) Entwicklung von Handlungsansätzen/Lösungen für regional bedeutsame Themen <input type="checkbox"/> b) Verbesserung der innerreg. Zusammenarbeit durch Überwindung institutioneller Grenzen; <input type="checkbox"/> c) Generierung eines hohen inhaltlichen Mehrwertes für die MRH; <input type="checkbox"/> d) Profilierung der MRH nach Innen und Außen;

- e) Innovations- oder Pilotcharakter für die MRH;
- f) Stärkung der Alleinstellungsmerkmale der MRH;
- g) Beitrag zur Stärkung der Internationalen Wettbewerbsfähigkeit der MRH;
- h) Verbesserung der ÖPNV-Verknüpfungsmaßnahmen in der MRH;
- i) Einbindung von Wirtschafts- und Sozialpartner aus der Region in die Kooperation;
- j) finanzielle Beteiligung Dritter oder anderer öffentlicher Förderer
- h)

*Begründung (bei Mehrfachnennung unter Angabe des Buchstabens)*

### **7 Handlungsfeld**

*Bitte wählen Sie den für Ihre Maßnahme maßgeblichen Handlungsschwerpunkt aus und begründen Sie die Auswahl (bitte keine Mehrfachnennung).*

- a) Partnerschaft von Land und Stadt
- b) Dynamischer Wirtschaftsraum
- c) Grüne Metropolregion
- d) Infrastruktur und Mobilität

*Begründung:*

### **8 Kooperationspartner**

*Antragsberechtigte können zur Durchführung einer Maßnahme weitere Beteiligte einbeziehen. Die zu schließende Kooperationsvereinbarung ist als Anlage beizufügen (s. „Anlagen“).*

- kein Kooperationsprojekt
- Kooperationsprojekt mit mehreren kommunalen Antragstellern und/oder externen Projektpartnern

*Ggf. bitte Kooperationspartner aufzählen:*

### **9 Arbeits- und Zeitplan**

Planungsstand:

geplanter Durchführungszeitraum:

Zeitpunkt der frühesten möglichen Auftragsvergabe:

### **10 Projektfinanzierung**

*Sofern es sich um ein Kooperationsprojekt handelt (s. Abschnitt 7), können die Mittel der Projektpartner unter a) als Eigenmittel angegeben werden. Unter b) benennen Sie bitte die Namen der Institutionen, bei denen Sie ebenfalls eine Zuwendung beantragt bzw. bereits bewilligt bekommen haben, nach Möglichkeit unter Nennung des Förderprogramms. Bei Bedarf bitte weitere Zeilen einfügen.*

<b>Gesamtausgaben des Projekts:</b>		<b>EURO</b>	
		<b>Euro</b>	<b>in %</b>
<b>a) Eigenmittel</b>			
<i>der antragstellenden Kommune</i>			
<i>von kommunalen Projektpartnern</i>			
<i>von sonstigen Projektpartnern</i>			
<b>b) Leistungen anderer Zuwendungsgeber</b>			
<input type="checkbox"/> Zuschuss <input type="checkbox"/> Darlehen <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> bewilligt			
<input type="checkbox"/> Zuschuss <input type="checkbox"/> Darlehen <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> bewilligt			
<input type="checkbox"/> Zuschuss <input type="checkbox"/> Darlehen <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> bewilligt			
<b>c) beantragte Finanzierung aus den Förderfonds der MRH</b>			
<i>Förderfonds Hamburg-Mecklenburg-Vorpommern</i> <input type="checkbox"/> Zuschuss <input type="checkbox"/> Darlehen			
<i>Förderfonds Hamburg-Niedersachsen</i> <input type="checkbox"/> Zuschuss <input type="checkbox"/> Darlehen			
<i>Förderfonds Hamburg-Schleswig-Holstein</i> <input type="checkbox"/> Zuschuss <input type="checkbox"/> Darlehen			
<b>Summe</b>			<b>100</b>

<b>11 Zeitpunkt der Kassenwirksamkeit der beantragten Förderung</b>			
<i>Die Finanzierungshilfe aus dem Förderfonds soll im Rahmen der veranschlagten Ausgaben nach dem Stand der Planung, der frühestmöglichen Auftragsvergabe und dem voraussichtlichen Zeitraum der Durchführung der Maßnahme kassenmäßig wie folgt in Anspruch genommen werden:</i>			
	<i>201</i>	<i>201</i>	<i>201</i>
a) Eigenmittel			
b) andere Zuwendungsgeber			

c) Förderfonds MRH			
<b>Summe</b>			

## 12 Erklärungen

Es wird erklärt, dass

mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages (bei Grunderwerb der Kaufvertrag) zu werten; bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens. In dringenden Fällen kann die Bewilligungsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen. Es wird ausdrücklich erklärt, dass vorher keine finanziellen Verpflichtungen eingegangen werden. Es ist bekannt, dass in diesen Fällen die Zustimmung der Bewilligungsbehörde zum vorzeitigen Vorhabenbeginn Förderungsvoraussetzung ist.

die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind. Es wird unverzüglich angezeigt, wenn

- weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen Stellen beantragt oder gewährt werden (Kopien anderweitiger Förderzusagen werden der Bewilligungsstelle umgehend in Kopie nachgereicht),
- eine Ermäßigung der Gesamtausgaben eintritt,
- eine Änderung der Finanzierung erfolgt,
- der Verwendungszweck sich ändert,
- sonstige, für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- sich Anhaltspunkte ergeben, dass der Verwendungszweck nicht mehr zu erreichen ist.

die Umsetzung der Maßnahme nicht aufgrund anderweitiger Verpflichtungen erfolgt (z.B. Kompensationsmaßnahmen, gesetzliche Verpflichtung, etc.).

bekannt ist, dass im Zuwendungsbescheid eine Zweckbindungsfrist festgelegt wird, während der die dauerhafte zweckentsprechende Nutzung der Maßnahme auf eigene Kosten (z.B. durch laufende Betreuung, Reinigung, Instandhaltung und ggfs. Erneuerung) sicherzustellen ist.

die Finanzierung der mit der Maßnahme verbundenen Folgekosten für den Zeitraum der Zweckbindung gesichert ist.

der Antragsteller Eigentümer der zur Förderung beantragten Maßnahme ist bzw. bei Projektabschluss werden wird.

die aus dem Antrag ersichtlichen Angaben von der Bewilligungsstelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Zuwendungsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden.

bekannt ist, dass die Bewilligungsstelle zum Zwecke der Fördertransparenz Angaben zum Förderprojekt, den Projektträger und die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht.

im Zusammenhang mit dem geförderten Projekt durchzuführende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit der Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg entsprechend den Vorgaben der Metropolregion Hamburg vorzunehmen sind.

im Rahmen von Kooperationsprojekten geschlossene Vereinbarungen der Bewilligungsstelle vor der Zuwendungsbewilligung in Kopie vorzulegen sind.

die Finanzierung des Projektes durch Aufbringung entsprechender Eigenmittel gesichert wird.

## 13 Erklärung zum Vorsteuerabzug

Es besteht eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug. Der Vorsteuerabzug wurde bei der Kostenermittlung berücksichtigt (Preise ohne Umsatzsteuer).

Es besteht **keine** Berechtigung zum Vorsteuerabzug.

#### 14 Erklärung zu Einnahmen

- Mit der geplanten Maßnahme werden Einnahmen erzielt (s. anliegende Berechnung). Die für Einnahmeschaffende Maßnahmen erforderliche Bewirtschaftungsberechnung mit Gegenüberstellung der zu erwartenden Einnahmen und Unterhaltungsausgaben liegt bei.
- Mit der geplanten Maßnahme werden **keine** Einnahmen generiert.

#### 15 Subventionserhebliche Tatsachen

Mir / Uns ist bekannt, dass es sich bei dem beantragten Zuschuss um eine Subvention handelt, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes der jeweiligen Länder (Schleswig-Holstein: Landessubventionsgesetz vom 11.11.1977 – LSubvG, GVOBl. S-H 1977, S. 489; Mecklenburg-Vorpommern: Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern – SubvG M-V, GVOBl. M-V 1995, S. 2330; Niedersachsen: Niedersächsisches Subventionsgesetz - NSubvG - vom 22. Juni 1977, GVBl. Nds. 1977, S. 189) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG, BGBl. 1976, Teil II, S. 2037 f.) Anwendung finden. Mir/ Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende im Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Projektträger,
- Investitionsort / Sitz des Trägers einer nichtinvestiven Maßnahme
- Beschreibung und Begründung des beschriebenen Vorhabens, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen,
- Beginn des Vorhabens,
- Angaben zu den Kosten, der Finanzierung und der Wirtschaftlichkeit, soweit sie als Tatsachen feststehen,
- Angaben über gegebenenfalls bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer des geförderten Projektes.

Mir/Uns ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Tatsachen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Mir/ Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir / Uns ist bekannt, dass nach § 3 SubvG die Verpflichtung besteht, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Dienstsiegel

## Verzeichnis der Anlagen

(soweit erforderlich beifügen und entsprechend nummerieren)

Nr.	Bezeichnung der Anlage
<b>Für alle Maßnahmen</b>	
1	Projektbeschreibung <i>Veranlassung und Zweck der geplanten Maßnahme, Bedarf, Nutzung der Kapazität, Benennung des Eigentümers und des/der Nutzer(s), sowie Informationen zu geplanten Veranstaltungen, zu erwartenden Nutzer- Besucherzahlen bei touristischer Infrastruktur, Auflagenhöhe von Veröffentlichungen</i>
2	Kostenberechnung / Kostengliederung <i>Die Kostenberechnung ist für Hochbauten nach DIN 276 bis in die 3. Ebene gegliedert, für andere Bauten entsprechend, zu ermitteln. Bei anderen als Hochbaumaßnahmen sind die Kosten analog nachzuweisen.</i>
3	Stellungnahmen des zuständigen (Land-)Kreises a) kommunalaufsichtliche Stellungnahme b) fachliche Stellungnahme(n) (je nach Maßnahme: als untere Naturschutzbehörde, als untere Wasserbehörde oder Deichbehörde, in planerischer Hinsicht, aus tourismusfachlicher Sicht, aus Sicht der Wirtschaftsförderung)
<b>Bei Kooperationsprojekten</b>	
	Kooperationsvereinbarung
<b>Bei Baumaßnahmen</b>	
	Übersichtsplan 1 : 25 000 mit Kennzeichnung des Maßnahmebereichs
	Lageplan der Maßnahme (i. M. 1 : 1000, im Straßenbau Regelquerschnitt i. M. 1 : 100) mit Darstellung der Erschließung der Außenanlagen
	Vorentwurfspläne, die Art und Umfang der Maßnahme prüfbar nachweisen (im Hochbau: Grundriss, Schnitt und Ansichtszeichnungen i. M. 1 : 100 incl. Bemaßung)
<b>Bei einnahmeschaffenden Infrastruktur-Maßnahmen</b>	
	Businessplan: Darstellung der Einnahmen (z.B. Nutzungs- und Eintrittsgebühren, Pächterlöse) und Ausgaben (z.B. Unterhaltung, Instandsetzung, Bewirtschaftung) über den Zweckbindungszeitraum. Bitte verwenden Sie die hierfür vorgesehene Tabelle.
<b>Je nach Einzelfall / nach Erfordernis</b>	
	anderweitige Zuwendungsbescheide / Förderzusagen
	Bauaufsichtliche oder sonstige Genehmigungen, soweit diese vorliegen
	Erläuterung des Finanzierungsplanes
	Ratsbeschluss / Kreistagsbeschluss o.ä.
	Antrag auf eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Vorhabenbeginns – <b>mit Begründung</b> – gemäß Nr. 1.3 VV (Verwaltungsvorschriften) zu § 44 LHO (Landeshaushaltsordnung)

Stand des Antragsformulars: Juni 2014